



Frau Bundeskanzlerin

Ergebnisse aus der Meinungsforschung

07. Dezember 2018

# Wochenbericht KW 49

**forsa | Emnid | infratest dimap**

Wähleranteile:	Union zwischen 30 % und 27 %, SPD bei 15 % bzw. 14 % Grüne zwischen 22 % und 19 %, AfD bei 14 %
Wirtschaft:	Pessimistische Erwartungen überwiegen deutlich
Weltpolitische Lage:	Sorge um den Weltfrieden wächst Ukraine-Krise und USA werden als größte Bedrohung wahrgenommen
Wichtigste Themen:	Flüchtlinge, Ausländer in Deutschland/Zuwanderungs-, Asylpolitik/ Abschiebungen Rückzugsankündigung von Angela Merkel, Nachfolgediskussion Abgas- bzw. Dieselskandal/Diskussion um Fahrverbote in Innenstädten

Steffen Seibert

## Wähleranteile

Angaben in Prozent

	<b>forsa</b> für RTL/n-tv	<b>Emnid<sup>1</sup></b> für BamS	<b>infratest dimap<sup>2</sup></b> für ARD
CDU/CSU	27 (-)	29 (+1)	30 (+4)
SPD	14 (-)	15 (-)	14 (-)
FDP	9 (-)	9 (-)	8 (-)
DIE LINKE	8 (-)	9 (-)	8 (-1)
B'90/Grüne	22 (-1)	19 (-)	20 (-3)
AfD	14 (-)	14 (-1)	14 (-)
Sonstige	6 (+1)	5 (-)	6 (-)
Erhebungszeitraum	26.-30.11.	29.11.-05.12.	03.-05.12.

Die Union liegt bei infratest dimap 16 (+4), bei Emnid 14 (+1) und bei forsa 13 (-) Prozentpunkte vor der SPD.

## Kanzlerpräferenz

Angaben in Prozent

	<b>forsa</b> für RTL/n-tv
Merkel	46 (-1)
Nahles	11 (+1)
Merkel	41 (-)
Scholz	21 (+1)
Erhebungszeitraum	26.-30.11.

Angela Merkel liegt bei der Kanzlerpräferenz 35 (-2) Prozentpunkte vor Andrea Nahles und 20 (-1) Prozentpunkte vor Olaf Scholz.

79 % (+1) der CDU-Anhänger präferieren Merkel und 4 % (-) Nahles. Von den CSU-Anhängern würden sich 64 % (-4) für Merkel und 5 % (-) für Nahles entscheiden. 29 % (+2) der SPD-Anhänger präferieren Nahles und 31 % (-4) Merkel.

Bei der Alternative zwischen Merkel und Scholz sprechen sich 72 % (-1) der CDU-Anhänger für Merkel und 8 % (-1) für Scholz aus; von den CSU-Anhängern würden sich 62 % (-6) für Merkel und 8 % (+1) für Scholz entscheiden. 50 % (+2) der SPD-Anhänger präferieren Scholz und 22 % (-5) Merkel.

<sup>1</sup> Sperrfrist bis zur Veröffentlichung in der Bild am Sonntag (09.12.2018)

<sup>2</sup> im Vergleich zum letzten ARD-DeutschlandTREND / KW 46

## Problemlösungskompetenz

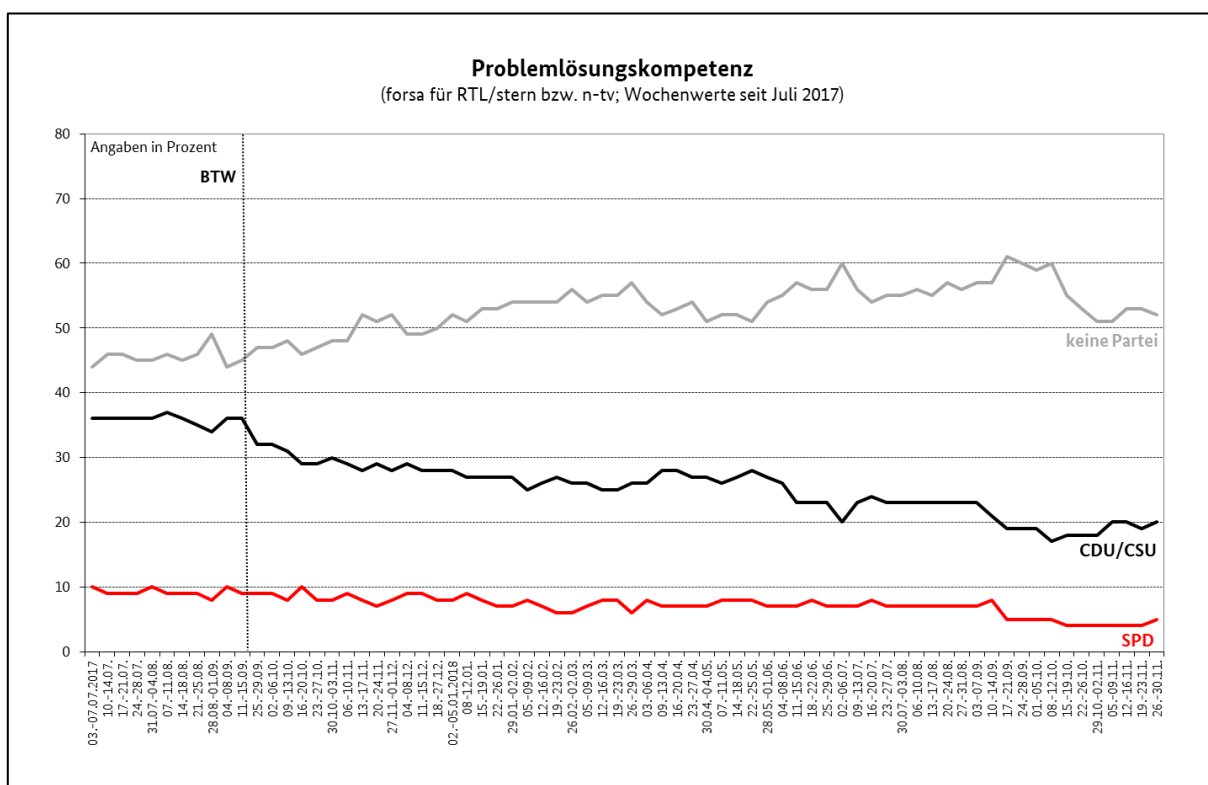
Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv
CDU/CSU	20 (+1)
SPD	5 (-1)
sonstige Parteien	23 (-1)
keine Partei	52 (-1)
Erhebungszeitraum	26.-30.11.

Bei der politischen Kompetenz, die gegenwärtigen Probleme in Deutschland zu lösen, liegt die Union 15 (-) Prozentpunkte vor der SPD.

52 % (-1) trauen die Lösung der Probleme keiner Partei zu.

55 % (-3) der Unionsanhänger meinen, dass die eigene Partei mit den Problemen in Deutschland am besten fertig wird, bei den SPD-Anhängern sagen dies 26 % (-1) von ihrer Partei.



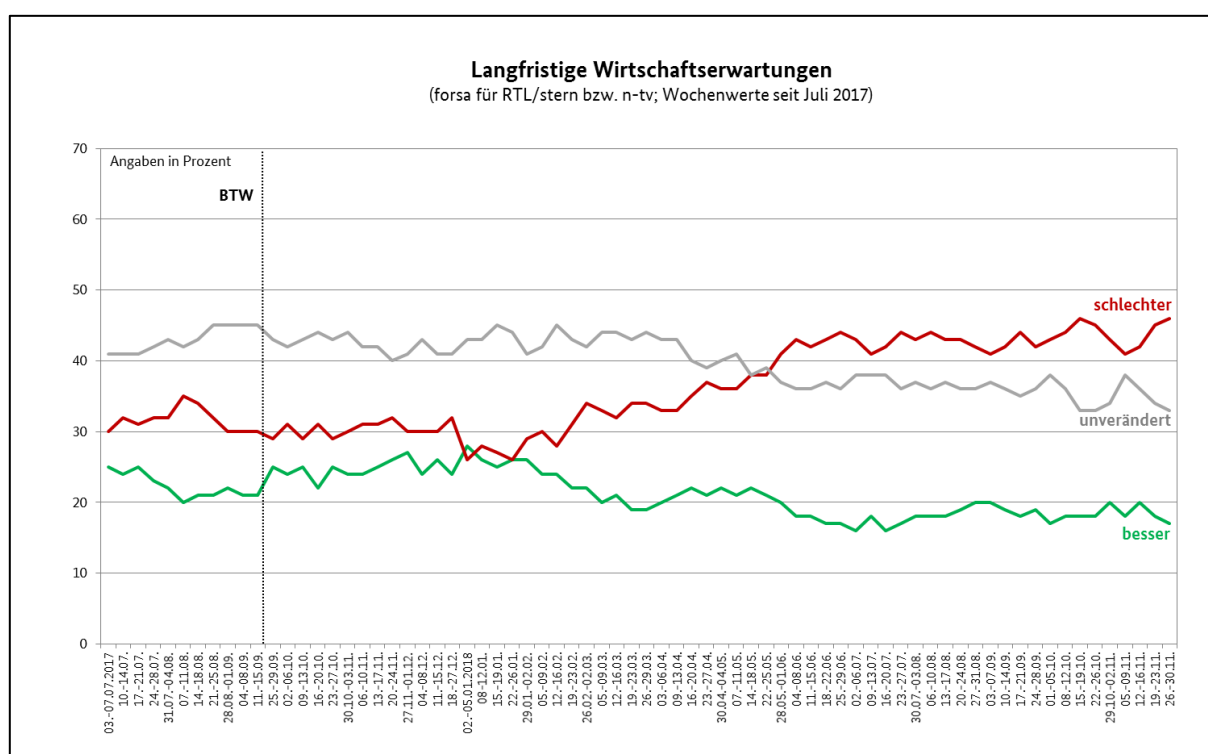
## Langfristige Erwartungen für die Wirtschaft

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv	
besser	17	(-1)
schlechter	46	(+1)
unverändert	33	(-1)
Erhebungszeitraum	26.-30.11.	

Die langfristigen Wirtschaftserwartungen haben sich im Vergleich zur Vorwoche leicht verschlechtert.

Der Anteil der Bevölkerung, der mit einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland in den kommenden Jahren rechnet, liegt um 29 (+2) Prozentpunkte höher als der Anteil, der von einer Verbesserung ausgeht.



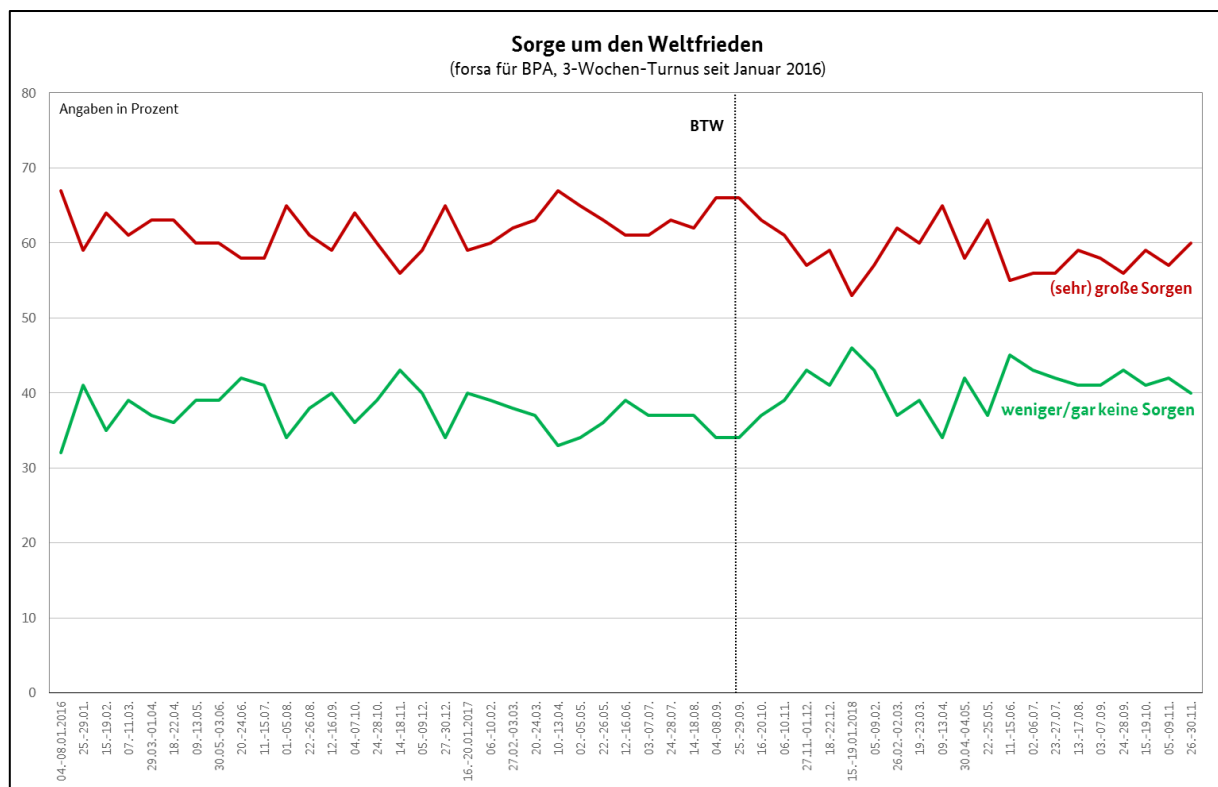
## Machen Sie sich Sorgen um den Weltfrieden?

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 46

	forsa für BPA	
sehr große	11 (-2)	
große	49 (+5)	
wenig	32 (-2)	
keine	8 (-)	
Erhebungszeitraum	26.-30.11.	

Anhänger der Linkspartei (72 %) und der Grünen (70 %) machen sich überdurchschnittlich oft (sehr) große Sorgen um den Weltfrieden. Frauen machen sich häufiger (sehr) große Sorgen als Männer (66 % zu 52 %) und über 45-Jährige häufiger als unter 30-Jährige (66 % zu 47 %).

Anhänger der AfD (47 %) machen sich überdurchschnittlich oft weniger bzw. keine Sorgen um den Weltfrieden.



## Weltweite Krisen(regionen) als Gefahrenquelle für Deutschland

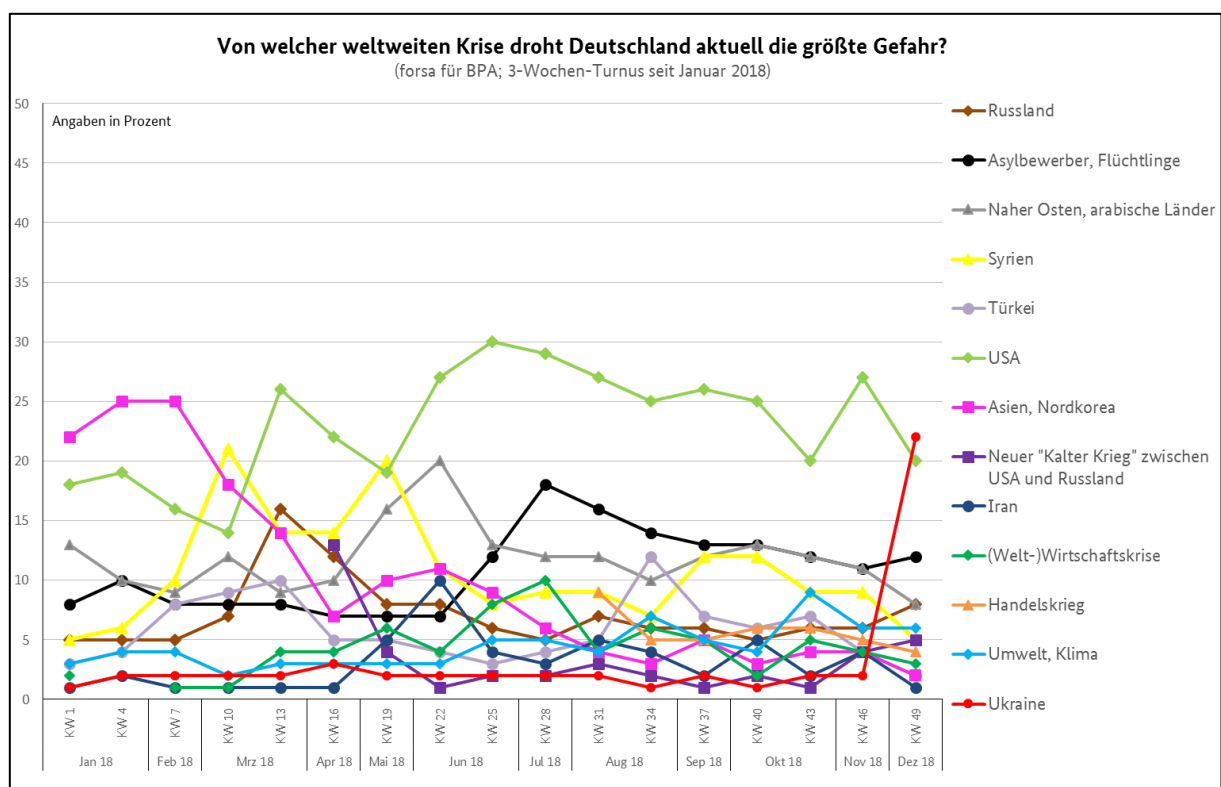
Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 46

	forsa für BPA
Ukraine	22 (+20)
USA	20 (-7)
Asylbewerber, Flüchtlinge	12 (+1)
Russland	8 (+2)
Naher Osten, arabische Länder	8 (-3)
Umwelt, Klima	6 (-)
Syrien	5 (-4)
Neuer "Kalter Krieg" zwischen USA und Russland	5 (+1)
Erhebungszeitraum	26.-30.11.

Nach Meinung der Bundesbürger gehen von der Ukraine-Krise und den USA die größten Gefahren für Deutschland aus.

Anhänger der Grünen (27 %) nennen die Ukraine-Krise besonders häufig als größte Bedrohung für Deutschland. Männer nennen diese Krisensituation häufiger als Frauen (27 % zu 16 %), über 45-Jährige häufiger als unter 45-Jährige (27 % zu 14 %), Personen mit hoher formaler Bildung häufiger als Personen mit einfacher formaler Bildung (26 % zu 14 %) und Gutverdiener häufiger als Geringverdiener (28 % zu 14 %).

Anhänger der Linkspartei (29 %) und der Grünen (26 %) nennen die USA überdurchschnittlich häufig als größte Gefahrenquelle für Deutschland.



## Rolle Deutschlands in der Weltpolitik

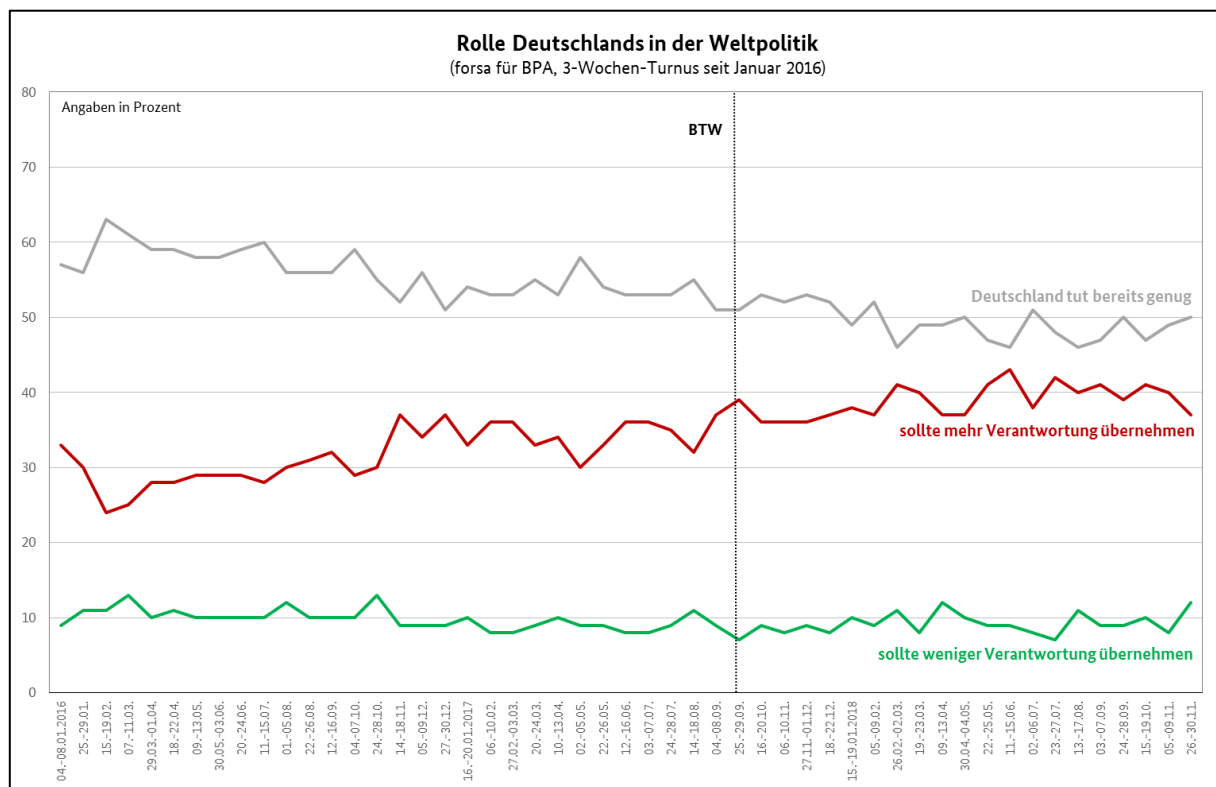
Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 46

	forsa für BPA
sollte mehr Verantwortung übernehmen	37 (-3)
sollte weniger Verantwortung übernehmen	12 (+4)
Deutschland tut bereits genug	50 (+1)
Erhebungszeitraum	26.-30.11.

Personen mit hoher formaler Bildung (46 %), unter 30-Jährige (45 %), Gutverdiener (43 %) und Männer (42 %) sowie Anhänger der Grünen (56 %) und der Linkspartei (48 %) sind überdurchschnittlich oft der Meinung, dass Deutschland mehr Verantwortung in der Weltpolitik übernehmen sollte.

Hingegen sind Anhänger der AfD (37 %) überdurchschnittlich oft der Ansicht, dass Deutschland weniger Verantwortung übernehmen sollte.

Personen mit einfacher bzw. mittlerer formaler Bildung, Gering- bzw. Mittelverdiener (jew. 56 %), Frauen und über 60-Jährige (jew. 55 %) sowie Anhänger der Union, der FDP (jew. 58 %) und der SPD (57 %) meinen überdurchschnittlich häufig, dass Deutschland bereits genug tut.



## Rolle Deutschlands in der EU

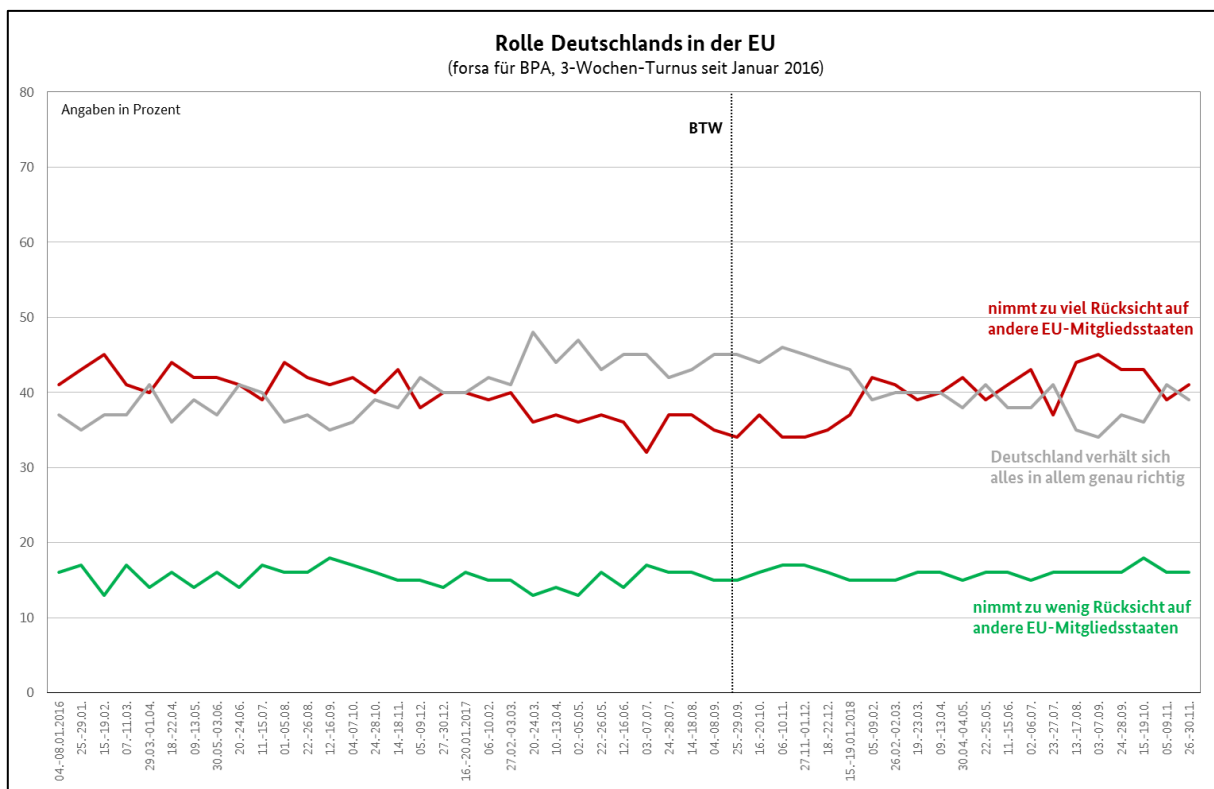
Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 46

	forsa für BPA
nimmt zu viel Rücksicht auf andere EU-Mitgliedstaaten	41 (+2)
nimmt zu wenig Rücksicht auf andere EU-Mitgliedstaaten	16 (-)
verhält sich alles in allem genau richtig	39 (-2)
Erhebungszeitraum	26.-30.11.

Personen mit einfacher bzw. mittlerer formaler Bildung (53 %), 45- bis 59-Jährige (48 %), Ostdeutsche und Geringverdiener (jew. 46 %) sowie Anhänger der AfD (65 %) und der FDP (49 %) sind überdurchschnittlich oft der Meinung, dass Deutschland zu viel Rücksicht auf die EU-Mitgliedstaaten nimmt.

Hingegen sind Anhänger der Linkspartei (36 %) besonders oft der Meinung, dass Deutschland zu wenig Rücksicht auf die EU-Mitgliedstaaten nimmt.

Personen mit hoher formaler Bildung (48 %) sowie Anhänger der Union (49 %), der Grünen (47 %) und der SPD (44 %) finden das Verhalten Deutschlands überdurchschnittlich häufig genau richtig.





## Wichtigste Themen

Angaben in Prozent

	infratest dimap für BPA
Flüchtlinge, Ausländer in Deutschland/Zuwanderungs-, Asylpolitik/Abschiebungen	15 (-3)
Rückzugsankündigung von Angela Merkel, Nachfolgediskussion	13 (-)
Abgas- bzw. Dieselskandal/Diskussion um Fahrverbote in Innenstädten	10 (+1)
Klimawandel, globale Erwärmung, CO <sub>2</sub> -Ausstoß	5 (+3)
Krawalle, Unruhen in Frankreich	5 (+4)
Ukraine-Krise, Krieg im Osten der Ukraine, Krim-Krise	5 (-11)
Rentenpolitik/Altersvorsorge	5 (-)
Klimakonferenz	5 (neu)
Erhebungszeitraum	04.-05.12.

Die Bundesbürger beschäftigen sich in dieser Woche am meisten mit den Themen "Flüchtlinge, Ausländer in Deutschland/Zuwanderungs- und Asylpolitik/Abschiebungen", "Rückzugsankündigung von Angela Merkel, Nachfolgediskussion" und "Abgas- bzw. Dieselskandal/Diskussion um Fahrverbote in Innenstädten".

Ostdeutsche und Personen mit mittlerer formaler Bildung (jew. 21 %) sowie Anhänger der AfD (34 %) und der SPD (22 %) nennen das Thema "Flüchtlinge, Ausländer in Deutschland/Zuwanderungs- und Asylpolitik/Abschiebungen" besonders oft. Anhänger der Union (18 %) erwähnen die Rückzugsankündigung von Angela Merkel bzw. die Nachfolgediskussion überdurchschnittlich häufig. Anhänger der AfD (18 %) und der Linkspartei (17 %) nennen den Abgas- bzw. Dieselskandal überdurchschnittlich oft.

